

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1926

164 (19.7.1926)

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen.
Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadt-
bereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt
10 Pfennig.

Redaktion, Druck und Verlag: Adolf Dups, Durlach, Mittelstr. 6.
Fernsprecher 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10 101.



Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile
8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigen-
annahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familien-
anzeigen am Erscheinungstag 49 Uhr vorm. Für Plakate
Schriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr über-
nommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezahler
keine Ansprüche bei verspätetem od. Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 164

Montag, den 19. Juli 1926

97. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Die Tatsache, daß amerikanische und englische Weltbank-
reue mit Pariser Bankleuten zusammentreffen — nach
Reuter soll auch Reichsbankpräsident Schacht dabei sein —
beweist, daß wichtige Beratungen über die europäischen
Finanzen vor sich gehen.

Die Kabinettsbildung in Griechenland stößt auf neue
Schwierigkeiten, die besonders bei dem Präsidenten Pan-
glos ruhen.

In der deutschen Diplomatie sollen Ende dieser Woche
wichtige Veränderungen (Wohlfahrtswechsel) vor sich gehen.

Caillaux' Ermächtigungsgesetz

Das von Caillaux dem Finanzausschuß der Kammer vor-
gelegte Ermächtigungsgesetz ermächtigt die Regierung, bis
zum 30. November 1926 durch vom Ministerrat beratene
Dekrete alle Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, die
Finanzsanierung und die Währungsstabilisierung durchzu-
führen und bestimmt diejenigen Dekrete, die steuerliche Be-
stimmungen enthalten, welche bei Eröffnung der ordentlichen
Parlamentsession des Jahres 1927 zur gelegentlichen Rati-
fizierung unterbreitet werden, wobei Maßnahmen, die in-
zwischen getroffen worden sind, endgültig bestehen bleiben.
Die Dekrete, welche die Regierung unverzüglich erlassen
wird, beziehen sich auf folgende Materien: 1. Steuerreform:
a) Änderung des allgemeinen Steuerjahres für die Be-
steuerung des Einkommens durch Reduzierung des Höchst-
betrages um 30 Prozent, Änderung der Steuerhöhe bei
dem Eigentumsübergang dergestalt, daß die Steuerberechnung
simplifiziert und die übertriebenen Sätze gemildert werden,
aber daß jedoch der Gesamtertrag geringer wird, Gesamts-
belastung der Uebertragungssteuer um etwa die Hälfte,
Reduktion der Katasterberechnungen, Erhöhung der für die
Einkaufsteuer dienenden Schätzungspreise und Erhöhung der
Steuer auf den landwirtschaftlichen Nutzen um 75 Prozent,
Aufhebung der Kuponsteuer und Vereinfachung der Abschätzung
und Einziehung der Einkommensteuer. b) Anpaßung der
speziellen Tarife wie beispielsweise der Post- und Tele-
graphentarife an die Entwertung des Frankens; 2. Schachamt:
Es wird eine Verwaltungsklasse für die Bonds der Nationalen
Verteidigung geschaffen, die für den Zinsdienst der Anlei-
hen und die Erneuerung der Bonds der nationalen Verteidigung
und der gewöhnlichen Schatzbonds, die in Bonds der nationalen
Verteidigung umgewandelt werden können, zu sorgen hat. Die
Kasse kann im ganzen nur für 49 Milliarden Bonds verwalten.
Es werden hierauf Maßnahmen angeführt, die für Konsolidierung
und Konvertierung der kurzfristigen Schatzbonds und der
Bonds der nationalen Verteidigung getroffen werden sollen.
Daneben wird die Ermächtigung verlangt, Einfuhrbeschrän-
kungen zu erlassen, sowie Anpassung der Koeffizienten der
Zolltarife auf Grund der Großhandelsindexziffer vorzuneh-
men. Schließlich fordert die Regierung im allgemeinen das
Recht, alle Maßnahmen durchzuführen, die sich auf die Er-
haltung des Landes beziehen.

Die Mehrheit der französischen Kammer hat keine Nei-
gung, der Gesetzesvorlage, durch welche der Regierung außer-
ordentliche Vollmachten zur Lösung der Finanzkrise gegeben
werden sollen, zuzustimmen, vielmehr mit geringer Stim-
menmehrheit sie abzulehnen. Man rechnete aus, daß 23
gegen 19 Stimmen für die Regierungsvorlage sein werden.
Die Situation des Kabinetts hat sich bedeutend verschlech-
tert, nachdem man darauf kam, daß die Schatzkassiere, die
Caillaux aus London mitgebracht haben wollte, im Grunde
genommen keinen Wert hat, da Amerika eine solche niemals
anzunehmen würde.

Die Entwicklung der französischen Finanzen bis zu Caillaux

Wieder einmal ist Caillaux, einer der ersten Finanzkennner
Frankreichs, vom französischen Volke gerufen worden, um
die Finanzkrise ein Ende zu machen, das Gleichgewicht im
Budget wieder herzustellen und die Stabilisierung des Fran-
kens einzuleiten. Vier Kabinette und sieben Finanzminister
haben sich seit Herriot um die Sanierung der französischen
Finanzen und die Stabilisierung des Frankens bemüht. Kei-
nem ist es bisher gelungen. Inzwischen ist die Not auf den
Wahlfeldern gestiegen. Es ist die zwölfte Stunde für die Rettung
der französischen Währung. Alles, was bisher geschehen ist,
waren halbe Maßnahmen und verfehlte Methoden.

Das Kernübel, an dem jeder Sanierungsversuch bisher in
Frankreich scheitert, ist, was die dem ganzen Volke einge-
schämte Ueberzeugung, daß der Deutsche alles bezahlen
wird. Da nun diese Erwartung sich nicht erfüllt, so wurde
des Defizits im französischen Staatshaushalt, das schon 1914
10 Milliarden betrug, immer größer, um schließlich im Jahre
1925 eine ungeheure Höhe zu erreichen. Das Ausfallsmittel
für sämtliche französische Finanzminister waren die kurz-

fristigen Schatzanweisungen. Unter Poincaré hatte man die-
ses System zur höchsten Blüte entwickelt. Der Sturz Poi-
ncaré war nicht zum wenigsten eine Folge der Erkenntnis,
daß man sich fünf Jahre lang einem Selbstbetrug hingegeben
hatte. Allgemein verlangte man die Rückkehr zu einer ge-
ordneten Finanzwirtschaft, aber auch Herriot, dem Gegen-
spieler Poincarés, ist es nicht vollständig gelungen, mit den
alten Methoden zu brechen. Mit seinem Finanzprogramm,
das u. a. eine Kapitalsabgabe und eine Amortisationskasse
vorschlug, weckte er zwar viele Hoffnungen, aber Widersände
der verschiedensten Art hinderten ihn, sein Programm durch-
zuführen. Sein Finanzminister Clementel griff wieder zu
der alten Methode, der Ausgabe von Schatzwechseln. Damit
aber kehrte man zu den alten Methoden inflationistischer
Finanzpolitik zurück. So endete das Jahr 1925 trotz der
besten Absichten mit einer neuen Papiermünzeninflation
von 17 Milliarden.

Herriots Kredit war dahin. Das französische Volk war um
eine Hoffnung ärmer. Es betraute nunmehr Caillaux, einen
der besten Finanzfachverständigen der Nation, mit der Lö-
sung des Problems. Dieser versuchte es mit einer Konsoli-
dierungsanleihe und mit einer Regelung der auswärtigen
Schulden. Aber die Anleihe wurde ein Mißerfolg, und das
Schuldenabkommen mit Amerika kam nicht zustande. Cail-
laux' Nachfolger Painlevé suchte eine Vermögensabgabe
durchzuführen, aber vergebens. Die Notenspreise trat wieder
in Tätigkeit. Der Notenumlauf der Bank von Frankreich
stieg von 50 auf 54,3 Milliarden Francs am 25. März 1926.
Von einem Kabinett Briand erhoffte das französische Volk
die Rettung. Dieser berief nachher den Doumer und Dou-
mer, aber die Linke verwarf die verlangten indirekten Steu-
ern und forderte erhöhte Einkommensteuern und andere
direkte Steuern. Doumers Nachfolger Péret fand zunächst
eine bessere Aufnahme in der Kammer. Auch er griff zwar,
wie sein Vorgänger, zu einer Erhöhung der Umsatzsteuer,
die man irreführenderweise „außerordentliche Verkaufs-
steuer“ nennt, fügte aber eine direkte Steuer, eine Kopf-
steuer hinzu, beginnend mit 40 Francs und endend mit 1000
Francs. Der anfängliche Widerstand der Kammer ward
überwunden, da das dauernde Steigen des Pfundes die
Vollwerttreter zur Eile mahnte. Anfang April waren die
Vorlagen unter Dach und Fach. Aber der Franken stürzte
trotzdem weiter, und die finanzielle Beruhigung trat nicht
ein. Ende Mai waren wieder 6,19 Milliarden kurzfristige
Schatzanweisungen fällig. Kleine „technische“ Maßnahmen
gegen die Frankenspekulation erwiesen sich als untaugliche
Mittel. Dafür führten die Anleihebedingungen mit
Frankreich endlich zum Ziel allerdings zu Bedingungen, die
Frankreich nicht befriedigen. Ein Teil der Öffentlichkeit
forderte nunmehr die Einziehung des Goldbestandes der
Staatsbank. Aber der Gouverneur Robineau verweigerte
die Herausgabe. Am 26. Mai wird ein Ausschuß von Fi-
nanzfachverständigen gebildet und mit der Erstattung eines
Gutachtens beauftragt. Die Öffentlichkeit diskutiere über
die Vorschläge des Finanzausschusses, unter denen sich auch der
Vorschlag einer eventuellen Einziehung des Goldbestandes
der Bank von Frankreich befand. Aber darüber wird fort-
bare Zeit verloren. Der Franken erreichte am 14. Juni den
Notenstand von 179.

Der Finanzminister Péret tritt zurück, und es wird nach
langen Bemühungen ein neues Kabinett Briand mit Cail-
laux als Finanzminister gebildet. Caillaux findet eine un-
geheure schwierige Aufgabe vor. Denn die innere Schuld
ist inzwischen auf 300 Papiermilliarden angewachsen. Die
äußere Schuld von 18,9 Goldmilliarden steht als eine schwere
Sorge daneben. Der Franken selbst ist auf den sechsten Teil
seines ursprünglichen Wertes gesunken. Die nahe Zukunft
wird lehren, ob es Caillaux gelingt, das französische Volk
für die unvermeidlichen Opfer, die die Stabilisierung mit
sich bringt, zu gewinnen.

Deutschland.

Internationaler Boxkampf in Berlin
Berlin, 16. Juli. Bei dem auf der Radrennbahn Tempow
ausgetragenen, stark besetzten Boxkampf zwischen Breitensträter
und Pierre Charles blieb Breitensträter Sieger. In der 4. Runde
musste der Belgier auf einen haarsträubenden Rechts Breitensträ-
ters und darauf folgenden schweren Schlagwechsel dreimal bis
8 zu Boden und gab nach dem dritten Schlagkommen den Kampf
auf.

Domaänen schlägt Rouquet

Köln, 17. Juli. Im Rahmen der Berufsboxkämpfe schlug der
deutsche Mittelgewichtmeister Domaänen den Franzosen Rou-
quet, der in der 6. Runde, nachdem ihm vorher Domaänen stark
ausgesetzt hatte, wegen einer Fußverletzung ausfiel.

Ausland.

Die Europareise Mellons und Morgans

London, 18. Juli. Reuter meldet aus Neuport: Trotz des
undurchdringlichen Schleiers, mit dem die heute erfolgende
Abreise des Schatzsekretärs Mellon und Pierpont Morgan
umgeben wird, sind doch Anzeichen zu erkennen, daß die Ver-
mutung nicht unberechtigt ist, daß die beiden zu den arötkten

Finanzkennern gehörenden Persönlichkeiten unter Umstän-
den an den Besprechungen teilnehmen werden, die, wie
gerüchtweise verlautet, zwischen dem Gouverneur der Bank
von England, Norman, dem Gouverneur der Federal Re-
serve Bank, Strong, dem Gouverneur der Bank von Frank-
reich, Moreau, und Reichsbankpräsident Schacht in Frank-
reich stattfinden sollen.

Die Frage des Ständigen Völkerbundsrates für Deutschland

London, 17. Juli. Nach dem diplomatischen Korresponden-
ten des „Daily Telegraph“ haben britische und französische
Juristen jetzt die vorbereitende und die Sonderprüfung der
rechtlichen Frage beendet, ob die Wahl Deutschlands für
einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat durch die Abwesen-
heit des spanischen und des brasilianischen Vertreters von
der Ratssitzung unmöglich gemacht werden würde. Die Ju-
risten der drei Nationen kamen zu der Schlussfolgerung, daß
die Bedingung der Einkimmigkeit, die in Paragraph 1
Art. 5 der Völkerbundssatzung niedergelegt ist, erfüllt sein
werde, vorausgesetzt, daß alle Mitglieder des Rates, die bei
der betr. Sitzung zugegen seien, dem deutschen Antrag zu-
stimmen. Spaniens Wünsche nach einem ständigen Sitz wer-
den ebenso, wie der Wunsch nach Einfluß der Tangerzone
in Spanisch-Marokko für unerfüllbar erachtet.

Aus dem französischen Finanzausschuß

Paris, 17. Juli. Die Beratungen des Finanzausschusses
der Kammer haben eine klare Lage für die am Samstag
begonnene Diskussion im Plenum geschaffen. Nachdem der
Finanzausschuß mit 8 gegen 0 Stimmen beschloffen hat, dem
Artikel 1 des Regierungsentwurfes, der dem Ministere-
rium das Recht zuerkennt, Dekrete zu erlassen, um die finan-
zielle Sanierung und Währungsstabilisierung durchzuführen,
einen Anhang beizufügen, in dem die Maßnahmen ein-
zeln aufgeführt werden, hat sich eine klare Scheidung zwi-
schen der Stellungnahme des Ausschusses und der des Fi-
nanzministers vollzogen. Es handelt sich also um eine Frage
des Verfahrens, die den Finanzausschuß vom Finanzmini-
ster trennt, und nicht um eine grundlegende Frage. Nach
dem „Petit Parisien“ soll Caillaux erklärt haben, wenn bis
Montag mittag 11 Uhr das Gesetz nicht angenommen sei,
werde er demissionieren.

Keine Schuldenerleichterung für Frankreich in Amerika

Neuport, 17. Juli. Im Zusammenhang mit den Verhand-
lungen des französischen Geschäftsträgers mit dem ameri-
kanischen Schachamt wird jetzt amtlich mitgeteilt, das Schach-
amt habe dem französischen Geschäftsträger zur Weiter-
leitung an die französische Regierung mitgeteilt, Amerika
könne Frankreich künftig keine weiteren Schuldenerleichte-
rungen gewähren.

Die Leute Abd el Krim's

Pariser Brief

Paris, im Juli 1926.

Die Pariser Zeitungen hatten es vorhergesagt: Die rifains
werden kommen! Die rifains, das sind die Fürsten Abd el
Krim's, die Caids, die ihren Herrn einstweilen nach Paris
begleiten.

Eines Tages waren sie wirklich da. Als ich gegen die Mit-
tagszeit aus dem erhöhten Benzindunst der großen Boule-
vards in die kleine Privatstraße, die Cito Bergère, zu mei-
nem Hotel zurückkehrte, hatte sich dort ein exotisches Lager
versammelt: fremdartig gequälte Ballen und geheimnis-
volle Säde, große Körbe aus geflochtenem Stroh und wasser-
dichte hohe Kisten — darauf ruhten die braunen Caids, die
Scheichs Abd el Krim's, phantastisch anzusehen in ihren
weißen wallenden Mänteln, gelben verzierten Lederhüben,
farbigen Turbanen. Malerisch hatten sie sich über ihr Gepäc
gelagert oder schritten mit sehr würdigen Bewegungen in
den Vorhallen der Hotels einher, in alledem lag schon etwas
wunderlich Fremdartiges und Exotisches, aus ihren Bur-
nussen, aus dem Faltenwurf ihrer Gewänder wehte die
Ahnung von Palmenhainen und gelbem brennendem
Wüstensand. Ein französischer Offizier verhandelte mit
ihnen, das war der Quartiermeister, der sie in die Hotels
der Cité Bergère verteilte.

Jetzt haben sie sich über ganz Paris ausgebreitet. Sie
wandeln über die Boulevards, sie wandeln gemessen, teil-
nahmslos und abgeschlossen über die ungewohnten sonnen-
durchglühten Appalte der Straßen, sie bewegen sich unter
dem Chaos der Menschenströme mit einer gelassenen Sicher-
heit, sie sind nicht allein, immer tauchen sie in kleinen Grup-
pen auf. So sitzen sie um die kleinen Tische der Cafés, neh-
men Eisgetränke und flüstern leise in ihrer fremdartigen
Sprache.

Sie lehnen sich über die Gitter der Seinequais und sehen
in das gelbe Wasser des Stroms. Sie wandern im Schatten
von Notre Dame, an den endlosen Bücherständen entlang,
die sich am Seineufer kilometerweit hinziehen. Sie besehen
sich die Bücher, sie ahnen wohl nicht die Wahlosigkeit dieser
Rästen, in denen Flaubert mit Rick Carter und Objektivitäten
zusammenliegt. Sie sind immer gleichmäßig teilnahmslos,
abgeschlossen und einsam.

Sie sind hier in der Hauptstadt eines Landes, gegen das sie gestern noch einen verzweifelten Kampf geführt haben, aber man läßt sie das nicht spüren. Gestern, das ist nun zu Ende, und die französischen Zeitungen interviuieren sie, bringen Bilder von ihnen und lange Berichte über alles, was die Caid's tun und nicht tun. Was wissen sie über Paris zu sagen? Sie finden, daß die Stadt sehr schön ist, sie loben die französische Küche und erzählen den Reportern, daß sie den französischen Wein nicht rühmen könnten, denn der Prophet habe ihnen den Wein verboten. Das alles sind ganz neutrale Urteile, Höflichkeitsformeln, wie sie jeder Fremde jedem Franzosen sagt, aber die Franzosen freuen sich darüber, kindlich naiv, jeder gewinnenden Worte leicht zugänglich.

Was die Caid's wirklich dachten, als sie in kleinen Gruppen gestern Abend an den Feiern des Eiffelturmes standen und zu seiner Spitze hinausschauten, die sich mit Wolken zu umhüllen begann? Sie sahen die Antennen-Netze, die ihre Siege und ihre Niederlagen in die Welt gesandt haben und ahnten wohl etwas vom Geist der modernen Technik, der Eisen zu kühnen und schlankest Konstruktionen, der Beton zu riesigen Massen emporführt. Sie ahnten wohl, daß sie hier vor etwas Unüberwindlichem stehen, vor einer Macht, die auch ihren Abd el Krim überwand und der sie es nun verdanken, daß sie selbst aus ihren Däse auf den Wipfeln von Paris gerissen wurden, von den Zeitungen begrüßt als neue Landsleute, interviewt und photographiert — Gefangene dennoch, Unterworfenen, Geschlagene. G. B.

Aus Baden

Voderung der Zwangswirtschaft für Wohnungen und Geschäftsräume

Im In Durchführung eines Beschlusses des Landtages hat der Minister des Innern eine Verordnung erlassen, die eine Voderung der Zwangswirtschaft für Wohnungen und Geschäftsräume bringt. Durch diese in den nächsten Tagen im Gesetz- und Verordnungsblatt erscheinende Verordnung werden die teureren Wohnungen und die teureren Geschäftsräume von den Bestimmungen des Reichsmietengesetzes und des Mieterschutzgesetzes ausgenommen. Weiterhin wird das Reichsmietengesetz und das Mieterschutzgesetz für fast alle Untermietverhältnisse außer Kraft gesetzt, für möblierte Zimmer außerdem auch die Wohnungsmangelvorschriften. Endlich soll die Inanspruchnahme (Beschlagnahme) von Teilen zu großen Wohnungen künftig nicht mehr zugelassen sein.

Von der Einföhrung der Hauseigentümer und Vermieter wird erwartet, daß sie von der hierdurch erlangten Freiheit keinen unangemessenen Gebrauch machen. Es wird darauf hingewiesen, daß nach dem neuen Paragraphen 49a des Mieterschutzgesetzes sich wegen Wuchers mit Räumen strafbar macht, wer für die miethweise oder auf Grund eines sonstigen Rechtsverhältnisses erfolgende Ueberlassung von Räumen oder im Zusammenhange damit für sich oder einen anderen einen Mietzins oder eine sonstige Vergütung fordert, annimmt oder sich versprechen läßt, die unter Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse als unangemessen anzusehen ist. Für den Fall, daß sich solche oder andere Unzulänglichkeiten ereignen, ist der jederszeitige Widerruf der Verordnung ausdrücklich vorbehalten.

Da die teureren Wohnungen von den Vorschriften des Wohnungsmangelgesetzes und damit auch von der badischen Wohnungsmangelverordnung nicht ausgenommen sind, muß der Hausbesitzer ihr Freiwerden nach wie vor dem Wohnungsamt anzeigen und die Mietverträge diesem zur Genehmigung vorlegen. Das Wohnungsamt kann auch weiterhin die Wohnung beschlagnehmen, namentlich wenn die Mietzinsforderung ungewöhnlich hoch ist. Ferner ist auch künftig eine Umwandlung von Wohnungen in Geschäftsräume unzulässig.

§ 1. Aufhebung des Reichsmietengesetzes für teureren Wohnungen

1. Wohnungen mit einer Friedensmiete von a) 2500 Mk. und mehr in Mannheim, b) 2000 Mk. und mehr in Baden, Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Pforzheim, c) 1500 Mk. und mehr in Bruchsal, Durlach, Kehl, Konstanz, Lahr, Lörzach, Offenburg, Rastatt, Schwetzingen, Villingen, Waldshut, Weinheim;

Das Geheimnis von Holtenberg.

Roman von Anny von Panhups.
Copyright 1925 by Karl Köhler & Co., Berlin-Zehlendorf.
(Nachdruck verboten.)

„Alla zog die feine Nase kraus. „Ach —“ machte sie langgedehnt, „ich möchte lieber hier bleiben. Bin froh, daß ich nicht mehr in Frankfurt zu wohnen brauche. Sucht, bitte, für mich aus, was ihr wollt, mir ist alles recht.“ Berena lächelte. „Aber, Alla, das meinst du doch sicher nicht so, wie es klingt. Es kann dir doch nicht gleich sein, was du an Wäsche und Kleibern in deine junge Ehe mitbringst.“ „Vollständig schnuppe ist es mir.“ kam es überhörsnell aus dem roten Munde. „Albrecht guck ja doch nicht hin, was ich an habe. Und für wen soll ich denn eitel sein, wenn ihm mein Kleideres gleich ist?“ „Alla, jetzt redest du Vorbehalten!“ Fast hart sprach es Berena. „Laß Albrecht so etwas nur nicht hören, denn es müßte ihn bitter tränknen.“

„Es ist doch wahr, wie kann es ihn da tränknen? Albrecht ärgert sich, wenn ich das Sportkostüm trage, sonst aber ist's ihm gleich, ob mein Kleid aus Seide oder Sackleinwand ist. Hee, Rena, mich für Albrecht zu schmüden, das habe ich längst aufgegeben.“ Berena erschraf. Wie durfte Alla so denken? Müßte es nicht die schönste Freude für eine Braut sein, sich für den geliebten Mann zu schmüden? Es war sicher übertrieben, wenn Alla behauptete, es wäre Albrecht gleichgültig, wie sie sich kleidete. Wahrscheinlich gröhlte sie ihm, weil er gegen ihr unweibliches Sportkostüm Front machte.

„Sie legte den Arm um Alla, zog sie an sich. „Schwesterchen, du darfst so etwas nie eben wirklich nicht sagen. Albrecht und du, ihr liebt euch, und es liegt euch beiden sicher daran, so vorteilhaft wie möglich vor einander zu erscheinen. Sei fest überzeugt, Albrecht freut sich, wenn sein kleiner Schwag geschmackvolle Garbe zur Verfügung hat.“

„Alla schüttelte den Kopf, daß die kurzen Haare flogen. „Na, Rena, gib dir keine Mühe — außerdem habe ich keinen besonders guten Geschmack. Tante soll nur weiter für mich auswählen wie bisher, und auch dir gebe ich volle Freiheit in der Besetzung. Das Anprobieren hat sicher noch Zeit. Weist du, das nächste Mal werde ich euch nach Frankfurt begleiten, nicht? Morgen laßt mich hier, bitte.“

- d) 1200 Mk. und mehr in Adelsheim, Bretten, Bächen, Bühl, Donaueschingen, Emmendingen, Engen, Melsbach, Mosbach, Neustadt, Oberkirch, Pfullendorf, Sinsheim, Staufen, Stotach, Tauberbischofsheim, Waldkirch, Wertheim, Wiesloch, Wolfach sowie in den vorstehend nicht erwähnten Gemeinden der Ortsklasse B,
- e) 900 Mk. und mehr in allen übrigen Gemeinden, werden von den Bestimmungen des Reichsmietengesetzes ausgenommen.

§ 2. Aufhebung des Reichsmietengesetzes für teureren Geschäftsräume

1. Geschäftsräume mit einer Friedensmiete von a) 1700 Mk. und mehr in Mannheim, b) 1300 Mk. und mehr in Baden, Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Pforzheim, c) 1000 Mk. und mehr in den unter die Buchstaben c und d des § 1 fallenden Gemeinden, d) 700 Mk. und mehr in allen übrigen Gemeinden werden von den Bestimmungen des Reichsmietengesetzes ausgenommen.
2. Als Geschäftsraum gilt, was nicht Wohnraum oder Zubehör von Wohnraum ist oder was nicht Teil einer Wohnung bildet.

§ 3. Einschränkung des Mieterschutzes für teureren Wohnungen und teureren Geschäftsräume

1. Teuerere Wohnungen und teureren Geschäftsräume (§ 1 und § 2) werden von den Bestimmungen des ersten Abschnittes (§§ 1 bis 30) des Mieterschutzgesetzes ausgenommen.
2. Der Vermieter kann jedoch nur für den Schluß eines Kalendervierteljahres kündigen; die Kündigung hat spätestens am dritten Werttag des Vierteljahres zu erfolgen. Vereinbarte längere Kündigungsfristen bleiben unberührt.
3. Bis zum Zeitpunkt, auf den eine Kündigung nach der Bestimmung des Abs. 2 wirksam wird, ist die jeweilige gesetzliche Miete zu entrichten. Verbleibt der Mieter über diese Zeitpunkt hinaus infolge einer auf Grund des § 52 Satz 2 des Mieterschutzgesetzes erangenen richterlichen Anordnung weiter in den gemieteten Räumen, so ist die Miete im Streitfall durch das Mieteneinigungsamt, mindestens jedoch auf den jeweiligen Betrag der gesetzlichen Miete festzusetzen.

§ 4. Festsetzung der Friedensmiete bei Streit und bei Teilung teureren Wohnungen und Geschäftsräume

1. Bei Streit über die Höhe der Friedensmiete (§ 1 und § 2) entscheidet das Mieteneinigungsamt nach § 2 des Reichsmietengesetzes.
2. Soweit teureren Wohnungen (§ 1) künftig in selbständige Wohnungen geteilt werden, sind auch diese von den Bestimmungen des Reichsmietengesetzes und des ersten Abschnittes des Mieterschutzgesetzes ausgenommen. Das gleiche gilt für die Teilung teureren Geschäftsräume (§ 2).

§ 5. Aufhebung des Mieterschutzes und des Reichsmietengesetzes untervermietete Räume

1. Die Vorschriften der §§ 1—19 des Mieterschutzgesetzes finden auf ein Untermietverhältnis nur Anwendung, wenn es sich ausschließlich auf Wohnraum bezieht, in dem der Untermieter eine eigene Wirtschaft oder Haushaltung führt (§ 24 des Mieterschutzgesetzes.)
2. Die gemäß Abs. 1 vom Mieterschutzgesetz ausgenommenen Wohnräume sind auch von den Bestimmungen des Reichsmietengesetzes ausgenommen.

§ 6. Teilweise Aufhebung der Wohnungsmangelvorschriften für übergroße Wohnungen

1. Eine Inanspruchnahme von Teilen einer Wohnung mit der Begründung, daß die Wohnung im Verhältnis zur Zahl ihrer Bewohner als übergroß anzusehen sei, ist nicht mehr zulässig.
2. Soweit bis zum Inkrafttreten dieser Verordnung die Inanspruchnahme von Teilen übergroßer Wohnungen ausgesprochen oder durchgeführt worden ist, behält es bei den bisherigen Bestimmungen und dem durch die Inanspruchnahme geschaffenen Zustand sein Bewenden. Dies gilt auch für alle Fälle des Freiwerdens der in Anspruch genommenen Räume oder des Wechsels von Hauseigentümer oder Vermieter.

§ 7. Aufhebung der Wohnungsmangelvorschriften für Geschäftsräume und möblierte Zimmer

Geschäftsräume und die möblierten Zimmer, in denen der Untermieter weder seine eigene Wirtschaft noch Haushaltung führt, werden von den Bestimmungen des Reichswohnungsmangelgesetzes und der badischen Wohnungsmangelverordnung vom 22. September 1923 (GVB. S. 303) ausgenommen.

Karlsruhe, 17. Juli. (Aus dem Landtag.) Nachmittags wird aus der Sitzung des Haushaltsausschusses noch bekannt, daß der Finanzminister beim Staatsvoranschlag noch mitteilte, das Staatsministerium habe beschlossen, den Landtag zu ersuchen, seine Beschlüsse bezüglich des Landeshaushalts zu revidieren, den badischen Staatsvoranschlag zu genehmigen und den Zuschuß an Freiburg wegen seiner Konsequenzen nicht zu genehmigen.

Karlsruhe, 17. Juli. (Karlsruher Rennen.) Dem Karlsruher Rennverein e. V. ist die Erlaubnis zum Betrieb eines Totalisators bei dem am 26. September in Karlsruhe-Karlsruhe-Rüppurr stattfindenden Pferderennen erteilt worden.

Karlsruhe, 17. Juli. (Melanchthonverein.) Der Melanchthonverein, der drei Schülerheime in Freiburg, Heidelberg und Wertheim unterhält, hielt hier eine Rektorenkonferenz ab. Die drei Stiftsrektoren berichteten über ihre Heime. Die Finanzlage und die Aufgaben des Melanchthonvereins wurden eingehend besprochen, besonders auch die Werbemittel. Am 11. und 12. Oktober soll hier eine größere Jahresversammlung stattfinden.

Heidelberg, 17. Juli. (Rebse.) Der Bürgerausschuß der rät nun schon seit vier Tagen trotz der greulichen Hitze in Dauerleistungen den Haushaltsvoranschlag. Am den Rebusfluß etwas einzudämmen, hatte der Stadtverordnetenrat stand beschlossen, daß zu jedem Abschnitt von jeder Partei nur ein Redner höchstens 15 Minuten sprechen sollte. In der gestrigen Sitzung wurde von einer Partei verlesen, einer zweiten Redner vorzulesen, was zu heftigen Auseinandersetzungen der einzelnen Parteien führte. Ein Redner wollte seine vorgelesene Rede nochmals halten, da sie von den Rednerberichterstellern im Karm des Hauses nicht verlesen worden sei. Die Anregung fand aber keine Gegenliebe.

Heidelberg, 17. Juli. (Vom Auto gefahren.) Das sechsjährige Söhnchen Anton des Fabrikarbeiters Schuster, das hinter einem Sandwagen herlief, wollte schließlich über die Straße laufen und geriet hierbei unter ein von Heidelberg kommendes Auto. Das Auto ging dem Kind über den Kopf, jedoch der Tod sofort eintrat.

Ettlingen, 17. Juli. (Betriebsstörung auf der Albstalbahn.) Bei dem Gewitter am Donnerstag durchschlag der Strom zwischen Spielberg und Schöllbrunn die Leitung, wodurch Kurzschluß entstand und die Abendzüge erhebliche Verzögerungen erlitten. Auf der Strecke Ettlingen-Karlsruhe mußte der 7 Uhr-Zug infolge von Betriebsstörungen ausfallen.

Gernsbach, 17. Juli. Am 15. ds. Mts. verschied auf Schloß Eberstein Dekonomierat Heinrich Württemberg in 74. Lebensjahre, welcher sich um die badische Landwirtschaft hervortragend verdient gemacht hat. Er war Leiter des Versuchsgutes der Bad. Landwirtschaftskammer sowie langjähriges Mitglied der Landwirtschaftskammer. Den Mitgliedern des bad. landwirtschaftlichen Berufsstand der Verstorbenen als „Kalendermann“ besonders nahe, indem er im Kalender des Vereins die Leser in humorvollen Erzählungen alljährlich erfreute.

Mittersdorf bei Rastatt, 17. Juli. (Ertrunken.) Dieser Schülerin der 7. Klasse badeten in einem abgelegenen Weiher, wobei zwei Mädchen in die Gefahr des Ertrinkens kamen. Dem vorübergehenden Lehrer Kornmaier gelang es, ein Mädchen zu retten, während das andere in den Fluten verlank.

Willingen, 17. Juli. (Tödlicher Unfall.) Ein tödlicher Unfall ereignete sich in Rappell im Steinbruch. Der 23jährige einzige Sohn des Landwirts Joh. Schüler aus Mittersdorf, der nach Beendigung der Heuarbeiten seit zwei Tagen wieder im Steinbruch tätig war, wurde von einem herabfallenden Stein so auf den Kopf getroffen, daß er sofort tot war. Die Familie hat ihren ersten Sohn bereits durch den Unfall verloren.

Wiesloch, 17. Juli. (Unfall.) Die beiden 7- und 8jährigen Kinder des Nikolaus Bender aus Wiesloch spielten ohne Aufsicht an der Futtermischmaschine. Eines der Kinder hatte seine Finger zwischen die Messer der Maschine gefasst, als plötzlich das andere Kind das Schamgelenk in Bewegung setzte, so daß dem Kind ein Arm abgeschnitten wurde. Nur durch schnelle Anlegung eines Notverbandes

Lage nicht kommen konnte, pflegte er es jedesmal beim Ablau zu erwämen. Gut nur, daß es ihr gelang, Berena zu überreden, unbesorgt um sie mit Tante Charlotte nach Frankfurt zu fahren. Sie freute sich auf das Alleinsein.

„Erst schloß sie kurze Zeit, trant auch den Tee, den ihr Frau Fuhs brachte, ließ sich von Onkel Karl allerlei erzählen und sprang dann, als man sie endlich allein gelassen, vom Stuhl auf, um sich mit Viktor in den roten Saal zurückzuziehen.“

Kopfweh hatte sie noch immer, aber vom faulen Geruch liegen wurde das auch nicht besser, fand sie. Albrecht war mit dem Inspektor dorthin fortgeritten und Onkel Karl eben in den Dahuuntergegangen. So befand nur sie, von der ganzen Familie sich allein im Hause. Fein war das!

„So hatte sie es sich schon lange gewünscht für ihr Alleinsein.“

Vektor beobachtete jede Bewegung seiner Herrin. Für einen solchen sie gar nichts mehr übrig zu haben. Sie würde doch nicht etwa wieder, wie neulich, auf die tolle Idee verfallen, den Wand zu öffnen und in bodenlose Dunkelheit hinunterzutauchen, indes er oben allein zurückblieb und mit seinem Hundemüßchen fühlte, da unten lauerte Gefahr und Tod auf seine junge, geliebte Herrin. Wahrhaftig! Vektors Augen vergrößerten sich, wahrhaftig, sie fingierte bereits an der Wand herum, und nun machte er „flapp, knurr“ das Loch in der Wand, das stumpf-schwärzlich, heimliche Loch, vor dem ihr graute, zeigte sich bereits.

„Er mußte warnen; ein guter Freund muß warnen, wenn er Gefahr wittert. Menschen sind ja so unvollkommene Geschöpfe, so richtigem Instinkt haben sie keine Ahnung. Er knurrte leise, aber langanhaltend.“

Alla drehte sich nach ihm um. „Was hast du denn, Vektor, kommt jemand?“ „Sie horchte an den Türen, doch da alles still blieb, meinte sie kopfschüttelnd: „Scheinbar schlechter Laune zu sein, lieber Herr. Bitte, verhalt' dich ein bißel still, während ich da hinuntergehe.“ Sie streichelte seinen Kopf. „Leg dich hin —“ ihr kam ein Gedanke — „aber noch besser, begleite mich, mit Leuchtmittel, ich mich heute genügend vorgelesen, und da die Tür von innen zugezogen werden kann, werden wir bei unsemem Tun nicht erwischt.“

Vektor war mit dem Vorschlag einverstanden. Was blühte auch sonst übrig? Lieber begleitete er seine Herrin in das ihm gefährlich dünkende Bereich, als daß er hier oben, in tausend Metern Höhe schwebend, tatenlos abwartete. Schließlich war er ein Hund und einem Abenteuer nicht abgeneigt.

(Fortsetzung folgt.)

konnte das Kind vor dem Tode durch Verbluten gerettet werden.

Waldshut, 17. Juli. (Ein gefährlicher Hundebiß.) Von einem Wolfshund wurde bei einer Familie in Ziegenfeld ein 4jähriger Junge ein großer Teil der Kopfhaare abgerissen. Die Verletzung ist so schwer, daß das Kind in Lebensgefahr schwelgt.

Waldshut, 17. Juli. (Vorfall beim Obstgenuß.) In Waldshut hatte ein Chauffeur nach dem Genuß von Kirchen Bier getrunken. Sofort stellten sich heftige Schmerzen ein und kurze Zeit später war der Mann tot. — In Kammelsbach trank ein 5jähriges Mädchen nach dem Genuß von Stachelbeeren Wasser. Unter heftigen Schmerzen starb das Kind nach kurzer Zeit.

Bad Dürheim, 17. Juli. (Eisenbahnererholungsheim.) Am Samstag, den 24. Juli findet hier die Eröffnung des Erholungsheimes der Reichsbahnbetriebskrankenliste Karlsruhe durch einen feierlichen Akt statt.

Duningen, Ost. Rottweil, 17. Juli. (Ertrunken.) Der 66 Jahre alte Bauer Karl Werner wurde in der Gschach ertrunken aufgefunden. Es wird vermutet, daß ihn beim Baden ein Herzschlag getroffen hat.

Gerichtssaal

Ein Simplicissimusprozess

Stettin, 16. Juli. Wegen Herstellung und Verbreitung unrichtiger Darstellungen wurden vom Schöffengericht Stettin der Schriftleiter des Simplicissimus Peter Scher, der Verleger Dr. Einsiedler-Münch, Professor Heinrich Zille-Berlin und Buchverlegermeister Streder verurteilt und zwar Scher und Einsiedler zu je 250 Mk., Zille zu 150 Mk. und Streder zu 50 Mk. Geldstrafe. Der Aburteilung liegen zwei Abbildungen die am 14. Dezember 1925 bzw. am 4. Januar 1926 im Simplicissimus veröffentlicht wurden, zu Grunde. Beide Darstellungen wurden als objektiv unrichtig erklärt. Hinsichtlich der zweiten Darstellung erfolgte jedoch aus subjektiven Gründen Freisprechung.

Muttschände — Einbrüche — Raub

Karlsruhe, 15. Juli. In nichtöffentlicher Sitzung verurteilte das Schöffengericht den 65jährigen verheirateten Landwirt Aug. Schmitt aus Bauerbach wegen Blutschande zu 1 Jahr Zuchthaus. — Die Postbediensteten, die im Februar d. Js. die Karlsruher Einwohnerversammlung in Spannung hielten, beschlagnahmten das Schöffengericht. Angeklagt war der 26jährige, in Ostpreußen gebürtige Hilfsarbeiter Paul Ott, wegen Einbruchdiebstahls und Hehlerei. Sein Kommissar Meißner, ein berüchtigter Postbediensteter, ist flüchtig. Die Beiden hatten am 8. und 9. Februar in der Richard Wagnerstraße, der Reichsweimer Allee und in der Kriegerstraße Willeneinbrüche verübt, wobei Meißner Kleingeldstücke und Schmuckgegenstände im Werte von rund 700 Mk. in die Hände hielten. Ott als Mittäter wurde zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. — Wegen Raubes saßen die Arbeiter Friedrich Hüft und Otto Neumann aus Weihenbach auf der Anklagebank. Die drei waren am 2. März in eine Schuhbühne im Weihenbacher Walde eingedrungen und hatten neben Gebrauchsgegenständen ein Fibelgeschloß entwendet, mit dem sie bei dem in der Nacht zum 31. März verübten Einbruch im Lohnbüro einer Papierfabrik bei Weihenbach den Wächter bedrohten. Sie entwendeten Lohnbüchsen mit einem Inhalt von 50 Mk. Friedrich Hüft wurde zweieinhalb Jahre Gefängnis, abzüglich drei Monate Untersuchungshaft und vier Jahre Ehrverlust und Karl Hüft wegen Beihilfe zu 6 Monaten Gefängnis abzüglich drei Monaten Untersuchungshaft verurteilt.

Verachen gegen das Arbeitszeitgesetz

Karlsruhe, 16. Juli. Wegen Verachens gegen das Arbeitszeitgesetz waren vom Amtsgericht Pforzheim 24 Freizeitarbeiter zu je 6 Mk. Geldstrafe verurteilt worden, weil sie entsprechend den Bestimmungen des geltenden Freizeitarbeiter-Gesetzes über die gesetzliche Arbeitszeit hinaus bis zu 11 Stunden beschäftigt waren. Gegen das Urteil wurde Revision eingelegt. Die Angeklagten wurden sämtlich freigesprochen.

Aus Stadt und Land.

Durlach, 18. Juli. Bei herrlichem Wetter war es dem Verkehrsverein möglich, auch am vergangenen Samstag ein Schloßgarten-Konzert zu veranstalten, welches den im letzten Bericht ausgesprochenen Wunsch eines recht guten Besuchs aufzuweisen hatte. Mit drei schönen Liedern „Korsarenbesung“ von Baumann, „Sei gegrüßt mein schönes Heimatland“ von Meyer und „Schneiders Hüllensahrt“ von Wagner hatte der Gesangverein in Kammermusik den Vorabend in den Dienst des Verkehrsvereins gestellt und diese Lieder mit gewohnter Präzision und schönem Vortrag gesungen. Lebhafter Applaus seitens der zahlreich erschienenen wurde den Sängern zuteil und der Dank des Verkehrsvereins ist ihnen sicher. Den musikalischen Teil hatte der Instrumentalmusikverein übernommen und sein aufgestelltes Programm sehr gut durchgeführt, jedoch es schwer hält, einzelnes herauszugreifen. Die musikalischen Darbietungen hatten die Besucher in sehr gute Stimmung versetzt, was sich am besten durch den lebhaften Beifall zeigt, so daß die Kapelle des Vereins genötigt war, Einlagen zu spielen. Der Verkehrsverein beabsichtigt Ende dieses Monats eine ital. Nacht mit Doppelkonzert und Ballett zu veranstalten, um den Bewohnern der Stadt es so angenehm wie möglich zu machen, ohne große Kosten die Veranstaltungen zu besorgen. Als das ist aber nur möglich, wenn die Einwohnererschaft in immer noch größerer Anzahl sich an den Veranstaltungen beteiligt und damit den Verkehrsverein unterstützt.

Durlach, 17. Juli. Heute nachmittag zwischen 1 und 2 Uhr erlitt ein perlmutterer Maschinenarbeiter von hier auf dem Weischof einen Schlag und wurde mitte's Krankenautos ins das hiesige Krankenhaus verbracht.

Durlach, 17. Juli. Ein Unglücksfall mit Todesfolge ereignete sich heute vormittag gegen 12 Uhr im Betriebe der Firma Ritter-Wiber hier. Der verheiratete 43 Jahre alte Maschinendrehler Albert Abele von Jöhlingen war mit noch mehreren Arbeitskollegen beschäftigt, in der Gießerei einen Schmelzofen zu reinigen, wobei Abele durch die flüssigen Eisenmassen derartig schwere Verbrennungen am Körper und an beiden Armen erlitt, denen er abends 10 Uhr im hiesigen Krankenhaus erlag.

Durlach, 19. Juli. In letzter Zeit mehren sich die Verkehrsunfälle in hiesiger Stadt sehr, jedoch es dringend geboten erscheint, den Passanten, welche die Straßen zu überqueren beabsichtigen, folgende Verhaltensmaßregeln in Erinnerung zu bringen: Wenn man die Straße überquert, so richte man sein Augenmerk bis zur Hälfte der Straße nach links und dann nach rechts. Ferner seien die Radfahrer darauf aufmerksam gemacht, daß beim Ein- bzw. Ausbiegen aus den Straßen folgende Regel

zu beachten ist: Beim Einbiegen nach rechts in kurzer Wendung, beim Einbiegen nach links in weitem Bogen. Bei Beachtung vorstehender Punkte wird es gelingen, viele Verkehrsunfälle zu vermeiden.

Sohowettersbach, 18. Juli. Heute vormittag zwischen 7 und 8 Uhr wurde das Ehepaar W. von Durlach auf hiesiger Gemarkung beim Freveln von Kirchen vom dem Eigentümer des betr. Grundstücks überrascht, welcher sie durch Hiebe mittels einer Hacke derart schwer verletzte, daß sie mittels Krankenautos ins das Krankenhaus Durlach verbracht werden mußten, wofür der Ehemann nach Anlegen eines Notverbandes wieder entlassen werden konnte, während die Ehefrau infolge ihrer Verletzungen daselbst verbleiben mußte.

— **Das neue Volksschullesebuch.** Wie das Ministerium des Kultus und Unterrichts den Schulbehörden und Lehrern der Volksschulen mitgeteilt hat, ist der neu bearbeitete dritte Teil des Volksschullesebuches (6. bis 8. Schuljahr) nun erschienen. Nicht mehr aufgenommen wurden 17 Stücke, weil sie sich als weniger geeignet erwiesen haben; dafür wurden 12 Stücke neu aufgenommen. Geürzt wurden 2 Lesestücke. Die Schulaufsichtsbeamten und Lehrer sind ersucht worden, etwaige Wünsche und Aufforderungen, die sich bei der Behandlung der Lesestücke des zweiten Teiles (4. und 5. Schuljahr) ergeben, dem Unterrichtsministerium mitzu-

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Polizeihelme „reizen“ die Besatzungsgruppen auf. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat es abgelehnt, einem Antrage des Reichskommissars für die besetzten Gebiete zu entsprechen, der darum gebeten hatte, eine aus der ersten Zeit der Besetzung stammende Verordnung eines Oberdelegierten aufzuheben, wonach den Polizeibeamten im besetzten Gebiet das Tragen von Helmen oder ähnlichen Kopfbedeckungen verboten ist. Die Interalliierte Rheinlandkommission sieht in dem Tragen von Helmen bei der Polizei „eine Gefahr für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung“ im besetzten Gebiet, da die Angehörigen der Besatzungsgruppen durch den Helm „gereizt“ und dadurch Zwischenfälle hervorgerufen werden könnten. Man sieht jedenfalls, daß die Rheinlandkommission ihre künftigen Schritten selbst um den Preis haben will, daß sie sich und ihre „Freigeistern“ Truppen lächerlich macht.

Caillaux über das Washingtoner Schuldensabkommen. Wie Caillaux aus politischen Kreisen erzählt, soll Finanzminister Caillaux bezüglich des Washingtoner Abkommens erklärt haben, daß im Augenblick Verhandlungen zur Erreichung gewisser Milderungen im Gange seien.

Opfer der Zuglinie. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Ehrwald: Beim Abstieg vom Münchener Haus zur Anorthstraße stürzte der Tourist Förner aus Limbach i. Sa. ab und verunglückte tödlich. Die Leiche konnte geborgen werden.

Einweihung der Pariser Moschee. Die religiöse Einweihung der Pariser Moschee wurde vom Sultan von Marokko vollzogen.

4 Landarbeiter durch einen Blitzschlag verletzt. Während eines Gewitters schlug der Blitz in der Umgehung von Münster der Blitz in eine mit Heuaufladen beschäftigte Landarbeitergruppe. 4 Arbeiter erlitten schwere Brandwunden. Die beiden Pferde wurden vom Blitz getötet. Der Feuertwagen verbrannte.

Buntes Allerlei.

Der falsche Jungenshlag

Ein Berliner Blatt läßt sich von einem Reichstagsabgeordneten eine Reihe lustiger Anekdoten mitteilen, die wir im folgenden auszugsweise wiedergeben. Aufmerksamem Lesern wird es leicht gelingen, aus den Redebüchsen die Parteigebührigkeit des betreffenden Abgeordneten festzustellen.

Der Völkerverbund ist nur dazu da, die Giftzähne von Sowjetrussland auf die Beine zu stellen.

Das Kapital und die Großindustrie werden ihre Knochen nicht dazu hergeben, daß die Kommunisten Sonia daraus saugen können!

Die Interessen des Proletariats sind das einzige Band, das vielleicht die Spitter wieder zu einem großen Bau zusammenführen!

Ich möchte den Herrn Staatssekretär des Auswärtigen Amtes bitten, bei der Verrechnung der mittleren Exemplen mit größerer Vorsicht zu Werke zu gehen!

Die Kammergeduld des Volkes hat sich über Nacht in eine Lachzahn verwandelt, die alles in ihren Strudel hinabsieht.

Die Vermehrung der Bevölkerung auf dem flachen Lande vollzieht sich auf ganz natürliche Weise. Ich werde Ihnen gleich zeigen wie.

Meine Herren! Die Lokomotivführer stehen mit einem Fuß im Zuchthaus und mit dem anderen nagen sie am Hungertuch.

Die Emulsionsmilch ist nur dazu da, den Berliner Sand in die Augen zu streuen.

Offenkundig wird es dem Wurm der Vaterlandslosigkeit, der sich überall breit macht, nicht gelingen, auch bei uns Wurzel zu fassen.

Der ickige Kultminister ist ein Mann, dessen linke Hand nie weiß, was die rechte sagt.

Bei den Märzvorgängen sind von beiden Seiten Fehler gemacht worden, von rechts wie von links. Jetzt gilt es, festzustellen, wer die richtigen Fehler gemacht hat!

Dieser Antrag ist nur ein Strohhalm, an den ich mich klammere. Ich würde nur wünschen, daß er reiche Früchte trage.

Diesen schweren Stein, der uns allen auf dem Herzen liegt, müssen wir uns endlich von der Leber reden.

Wir haben neulich eine Unfallkatastrophe, die angeblich muntergültig sein soll. Da standen die Extremitäten der Kinder draußen in Eimern!

Greifen Sie sich einmal nachdenklich und aufrichtig an den Kopf, und Sie werden gleich spüren, wo Sie der Schuß drückt.

Es wirkt geradezu wie ein Brechreiz, wenn man sieht, wie die bürgerlichen Parteien mit demselben Atemzuge, mit dem sie zur Einheitsfront aufrufen, gleichzeitig den Dolch schleifen.

Als einem todegeborenen Kinde kann dieser Regierungsvorlage unmöglich eine lang' Lebensdauer beschieden sein.

Greifen Sie an Toren eigenen Dusen, da ist ein weites Feld.

Ansichts solcher Vorfälle muß sich das rubigste Blut in heiße Umfuroedanten verwandeln.

Meine Herren! Wenn wir das Vieh schützen, dann schützen wir auch uns.

75 Jahre staatliche Post in Württemberg 1851—1926.

Am 1. Juli 1851 hat Württemberg seine Post zum zweitemal in Staatsbesitz genommen. Es hatte schon in den Jahren 1806—1819 die Post in staatlicher Verwaltung gehabt. Die württ. Verkehrszeitung widmet diesem Jubiläum eine eingehende historische Betrachtung und führt dabei aus:

Die Anzahl der jeweils vorhandenen Postanstalten gibt einen Gesamtüberblick über die Entwicklung während der einzelnen Epochen. Die staatliche Verwaltung in den Jahren 1806—1819 hat die Zahl der Postanstalten von 27 auf 80 erhöht, also verdreifacht. In den folgenden drei Jahrzehnten der künftlichen Postverwaltung (Thurn und Taxis) sind nur 42 Postanstalten errichtet worden, so daß die vorhandenen um die Hälfte, von 80 auf 122, vermehrt wurden. Die nun wiederkehrende staatliche Verwaltung, die viel Versäumtes nachzuholen hatte und die alles darin setzte, aus dem reinen Privatunternehmen ein Werk von wirtschaftlicher, kultureller und sozialpolitischer Bedeutung zu machen, hatte soziale Postanstalten neu eingerichtet, daß ihre Zahl bis zum Jahre 1876 bereits auf das Vierfache angewachsen war. Daß der Verkehr allein eine solch rasche Vermehrung nicht notwendig gerechtfertigt hätte, wenn die vorherige Verwaltung den Verkehrsverhältnissen besser gerecht geworden wäre, ist ohne weiteres einleuchtend und auch durch die Verkehrsstatistik nachgewiesen. Um nun einen Überblick über die Entwicklung und den Umfang des Postverkehrs bis in unsere Zeit herein zu bekommen, sollen nunmehr die Angaben über die heute vorhandenen Postanstalten folgen: 258 Postämter, 2 Bahnpostämter, 1 Postfachamt, 26 Zweigstellen, 583 Postagenturen, 919 Posthilfsstellen. Dazu kommen noch die ausschließlich dem Telegraphen- und Fernsprechverkehr dienenden Dienststellen 21 Telegraphenamt, 1 Fernsprechamt, 4 Telegraphenbauämter, 1198 Telegraphenhilfsstellen. Zu erwähnen wären noch folgende Hilfsämter: Die Druckerei der Verkehrsanstalten, die Telegraphenwerkstätte, die Telegraphenmaterialverwaltung und die Kraftwagenwerkstätte. Daß alle diese Stellen unter der Verwaltung einer einzigen Oberpostdirektion liegen, während das kleinere Baden in zwei Oberpostdirektionen geteilt ist, läßt die besondere Bedeutung der Oberpostdirektion Stuttgart erkennen. Einen weiteren Maßstab um diese ganz gewaltige Entwicklung des württ. Postwesens zu erfassen, bilden die Abfindungssummen, die jeweils beim Postwechsel ausbezahlt wurden. Der Fürst von Thurn und Taxis erhielt im Jahre 1851 als Abfindung 1.300.000 Gulden, d. i. 2 Mill. 171.000 Goldmark. Das Reich hatte dem württ. Staat im Staatsvertrag von 1920 eine Entschädigungssumme von 220 Mill. Mark zugesichert. Zur Zahlung dieses Betrages ist es bis jetzt noch nicht gekommen. Zurecht schweben noch Verhandlungen zwischen Bayern und Württemberg und dem Reich darüber, was Württemberg nach dem heutigen Stand der Währung usw. vom Reich zu bekommen hat. Daß es sich dabei um viele Millionenwerte handelt, ist auch daraus zu ersehen, daß die Reichspost Mittel aus abelaufenen Haushaltsjahren bereits zurückerstattet hat, um den hanzösischen und württembergischen Staat abfinden zu können.

Neueste Nachrichten.

Das Ermächtigungsgesetz vor der Kammer. — Starke Opposition Herriots.

L. Paris, 17. Juli. Zu Beginn der heutigen Kammerprüfung ergriff Herriot in der Aussprache über den Plan zur Erteilung der Vollmachten das Wort. Die Intervention des Kammerpräsidenten rief größte Sensation hervor und ist das beste Zeichen für die Tragweite der heutigen Aussprache. Soweit die parlamentarische Geschichte Frankreichs zurückreicht, ist nur einmal ein Kammerpräsident von seinem Sitz herabgestiegen, um an der Aussprache teilzunehmen, nämlich Gambetta. Herriot wandte sich mit großem Nachdruck gegen den Gesekentwurf und rief im Saale wie auch auf den Zuschauertribünen stärkste Bewegung hervor, als er erklärte, sein Amt niederlegen zu wollen, falls die Vorlage durchgehe. Die Spannung erreichte ihren Höhepunkt, als Briand dem Wort zur Erwiderung ergreift und es zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Kammerpräsidenten zu einem langen Rededuell kommt.

Herriot beginnt mit der Feststellung, daß er, wenn es ihm sein Gewissen nicht verböte, gerne das letzte Mal seinen Stimmzettel für die Republik abgeben möchte. Jedoch jedes republikanische Gefühl sträube sich gegen den Gesekentwurf, der in seinem herrischen und summarischen Ziel unendlich verlegend sei. Der Redner erinnerte daran, daß er das Ermächtigungsgesetz seinerzeit in der Kammer bekämpft habe. Die Zustimmung zur Erteilung der Vollmachten würden einen schweren Einbruch in die Kontribution der Republik bedeuten. Die Abgeordneten seien die Beauftragten des Volkes und hätten nicht das Recht, ihren Auftrag weiter zu geben. Die Regierungen in Frankreich hätten sich während der schwersten Krise mit Erfolg auf das Parlament stützen können. Noch während des Krieges sei es das Parlament gewesen, das durch seine pünktliche Pflichterfüllung das Heer in den Stand gesetzt habe, das Land zu verteidigen.

Briand stellte fest, daß er mit den Ansichten des Präsidenten der Kammer nicht im Einklang stehe. Man müsse es ihm aber glauben, daß er kein schlechterer Republikaner als Herriot sei, und sich nicht zur Einbringung des Gesekentwurfes entschlossen hätte, wenn er nicht die Gewißheit gehabt hätte, daß hierdurch das Prestige des Parlaments nicht beeinträchtigt würde. Briand fuhr dann fort: Die Lage sei überaus tragisch. Als Republikaner sei er durchaus der Ansicht Herriots, aber als Ministerpräsident habe er eine andere Auffassung von seiner Pflicht. Er könne sie nicht opfern, weil damit die Rettung des Landes geopfert würde. Die Regierung sei sich bewußt, daß ihre

Lage unendlich schwierig und gefährdet sei. Wie dem auch sein würde, ich stehe zu dem eingebrachten Gesetzentwurf und werde mit ihm fallen oder aber aus der Debatte mit einer Vertrauensmehrheit hervorgehen. Zum mindestens dürfe die Regierung sich sagen, daß sie die Kammer nicht getäuscht habe. Die Kammer wüßte selbst, was man von ihr wolle. Das Vertrauen müßte der Regierung innerhalb 24 Stunden ausgesprochen werden, damit sie endlich handeln könne, sonst sei das Land verloren (Beifall. Lebhaftige Bewegung). Wenn das Parlament dieser Lage Rechnung trüge, so dürfte es des Beifalls der Öffentlichkeit sicher sein, andernfalls würde es zu endloser Debatte kommen und das Land wird dem Parlament erneut den Vorwurf der Ohnmacht machen. Die finanzielle Katastrophe wäre unvermeidlich. Die Regierung würde sich für verbrecherisch und schuldig halten, wenn sie einer anderen Auffassung beipflichten wollte.

Die Sitzung wird dann unterbrochen. Nach ihrer Wiederaufnahme wird die allgemeine Aussprache fortgesetzt. Die Radikal-Sozialisten hatten einen Antrag auf Rückziehung des Gesetzentwurfes eingebracht. Der Antrag wurde dann aber wieder zurückgezogen, sodaß die eigentliche Aussprache über die Erteilung der Vollmachten weiter vor sich gehen konnte. Man rechnet damit, daß es zu einer Nachtitzung kommt. Nach Annahme der Presse ist es die Absicht der Regierung, das Vertrauensvotum über die Annahme des Gesetzentwurfes mit der Ratifikation der Abmachungen von London und Washington zu verknüpfen.

Das Vertrauensvotum für das Kabinett Briand abgelehnt. Vor dem Rücktritt der Regierung.

11. Paris, 17. Juli. Um 1/8 Uhr kommt man in der Kammer nach einer langen Rede Marins und einer Intervention des Finanzministers zur Abstimmung über die Erteilung der Vollmachten. Die Regierung stellt die Vertrauensfrage. Die Abstimmung ergab 290 für und 350 dagegen. Das Kabinett war also mit 60 Stimmen in die Minderheit versetzt. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß 80 Stimmen zuviel abgegeben wurden. Die Zahl sämtlicher Abgeordneten beträgt 560. Darauf wurde erneut abgestimmt. Das offizielle Abstimmungsergebnis beträgt 288 dagegen und 243 dafür. Die Regierung ist also mit 45 Stimmen in die Minderheit versetzt worden. Die Sitzung wurde unterbrochen und man erwartet, daß Briand sich zum Präsidenten der Republik begibt, um ihm die Demission des Kabinetts zu überreichen.

Paris, 17. Juli. Das französische Kabinett ist gestürzt. Als heute abend in der Kammer der Antrag gestellt wurde, in die Einzelberatung über die Regierungsvorlage zur Finanzreform einzutreten, stellte Briand die Vertrauensfrage. Der Antrag wurde mit 288 gegen 243 Stimmen abgelehnt. Die Minister verließen sofort den Saal. Das Abstimmungsergebnis rief im Hause außerordentliche Erregung hervor. Ein Abgeordneter der Rechten ruft: „Montag wird das Pfund Sterling auf 300 stehen.“ Die Kammer beschloß, am nächsten Dienstag eine neue Sitzung abzuhalten.

Ueber die Nachfolge kann kein Zweifel bestehen; sie wird Herriot angeboten werden, und dieser wird diesmal

den Auftrag zur Regierungsbildung übernehmen müssen. Die Minister begaben sich noch heute abend ins Elysee, um dem Präsidenten der Republik ihre Demission zu überreichen.

Herriots Schwierigkeiten. — Die Verbindung mit Marin gescheitert.

11. Paris, 18. Juli. Der Kammerpräsident hat gestern nachmittag ununterbrochen mit politischen Persönlichkeiten zur Lösung der Kabinettskrise verhandelt. Nach den letzten Eindrücken zu schließen, stößt Herriot auf große Schwierigkeiten. Am Abend hatte er eine bedeutsame Unterredung mit dem Führer der demokratischen Union Marin. Dieser gab bei Ausgang der Unterhaltung die unerwartete und sensationelle Erklärung ab, daß nach seiner Ansicht die Wiederaufrichtung des Frankens unter einem Kabinett Herriot keine Fortschritte machen wird. Diese Erklärung Marins läßt den sicheren Schluß zu, daß eine Verständigung zwischen seiner Gruppe und den Radikal-Sozialisten zur gemeinsamen Lösung der Krise, wie sie am Nachmittag noch allgemein vorausgesetzt wurde gescheitert ist. Die parlamentarische Situation wird dadurch äußerst kompliziert. Ein Kabinett der nationalen Einigung, von dem immer wieder die Rede ist, erscheint ausgeschlossen, ebenso ein nur nach rechts erweitertes Konzentrationskabinett, dem die Sozialisten nicht konsequent ihre Unterstützung zuteil werden lassen. Eine ausreichende Mehrheit wird Herriot nur dann aufbringen, wenn ihm die Neubildung des Kartells gelingt. Der Kammerpräsident scheint weitere Besprechungen in dieser Richtung zu unternehmen. Es verlautet, daß die Verhandlungen mit den Sozialisten im Gange sind. Am Nachmittag empfing Herriot eine sozialistische Abordnung. Man erwartet eine Antwort des sozialistischen Parteivorstandes. Auf alle Fälle wird Herriot am Abend sein Kabinett nicht mehr bilden können. Ueber das Ergebnis seiner Besprechung wird er um 1/10 Uhr dem Präsidenten der Republik Bericht erstatten und morgen vormittag seine Bemühungen wieder aufnehmen.

Ein schwerer Betriebsunfall.

11. Weidach, 18. Juli. In den Walzwerkbetrieben der Rheinischen Stahlwerke ist am Samstag ein großes Schwingrad mit unheurer Wucht auseinandergeprungen. Durch die herumfliegenden Teile wurden zwei Arbeiter getötet und mehrere verletzt.

450jähriges Universitätsjubiläum in Tübingen.

11. Stuttgart, 18. Juli. Die Universität Tübingen feiert im Jahre 1927 das 450jährige Universitätsjubiläum. Der große Senat der Universität hat die Feier auf den 24. bis 26. Juli 1927 festgelegt.

Schwere Kämpfe im Nordwesten von Peking.

11. London, 18. Juli. Wie aus Peking berichtet wird, sind zur Zeit im Nordwesten von Peking schwere Kämpfe im Gange. Der Angriff erfolgte in einer Frontbreite von 20 Meilen und wird an den wichtigsten Punkten von Wupeifu selbst geführt. Wupeifu behauptet, in seinem Bestreben, die Verteidigungslinie der Konminschung-Armee in der Umgegend von Tschangping von ihrer Basis in Kalpan abzuschneiden, einen Anfangserfolg erfahren zu haben. Die Berichte von der Kampffront

stimmen darin überein, daß die Konminschungs-Armee ihre ganzen Kämpfe auf dem Frontabschnitt von Tschangping-Swaiwai konzentriert.

Surren, Spiel und Sport.

Das 16. deutsche Bundeshegen in Berlin. In der Zeit vom 17. bis 25. Juli ds. Js. findet in Berlin das 16. deutsche Bundeshegen statt, ein für den gesamten Deutschen Reglerbund und in diesem organisierte deutsche Reglerclubs (ca. 80 000 Mitglieder) sportliches Ereignis ersten Ranges. Festzug (Bannerföhrer), Kundfahrten durch Berlin, Dampferfahrten auf dem Wannensee, Kabarettvorstellungen in der Festhalle werden den Reglerclubs reichlich Abwechslung bieten. Die Festhalle — eine Arena mit 59. bundesvorschriftsmäßigen Bahnen aller Art — in einer Front — bietet eine vorzügliche Kampfstätte. Der 1. ist seitens des hiesigen Reglerverbandes bei den Sportkämpfern mit 9 Mann unter Führung des bewährten 1. Vorsitzenden Fritz L. Schenkel vertreten. Wir wünschen den wackeren Kämpfern in Berlin besten Erfolg und entbieten ihnen in diesem Sinne ein herzlichliches „Gut Holz!“

In der Sommerfrische

Von Richard Blasius
Briefe Frau Lehmanns an Frau Meyer.
Liebe Emilie!

Es ist herrlich hier, der nahe Wald, der große See, um wir am Busen der Natur in einem reizenden Bauerngehöft, umgeben von dem gesunden Duft der Scholle. Die Bewohner sind urwüchsige Prachtgestalten, die Kinder einfach süß, Deine Amalie.

Liebe Emilie!

Wir haben es hier herrlich satt. Das Betreten des Waldes ist verboten. Am See wimmelt die Luft voll Stechmücken. Aus dem Stalle dringt ein penetranter „Mistduft“ in unsere Schlaftube, daß wir die Fenster nicht öffnen können. Und nun diese entsetzliche Stille, durchschwirrt von einem Fliegenheer. Und was für Fliegen das sind! Die Bauerleute sind recht ungeschliffen. Mit ihren Köpfen können wir unteren Herd gar nicht zusammenfassen.

Liebe Emilie!

Also nun seid ihr verheiratet. Ich danke Gott, daß wir zu Hause sind. Mein Mann hat 10 Mark Strafe bezahlen müssen, wegen unerlaubten Beerenfuchens im Walde. Ich befinde mich in ärztlicher Pflege, da mein ganzer Körper von Beulen bedeckt ist, den Folgen von den Wunden. Unsere Kleider müssen wir desinfizieren lassen, da der Stallgeruch nicht weichen will. Einen Prozeß haben wir auch auf dem Halbe, weil wir vorzeitig abgereist sind und dem Bauer nur die Hälfte der ausbedungenen Miete bezahlt haben. Max ist krank, weil ihn die Bauerntangen gestern in die Düngergrube gestoßen haben.

Deine unglückliche Amalie.

Nutmäßiges Wetter für Dienstag.

Unter dem Einfluß des westlichen Hochdrucks ist für Dienstag vielfach heiteres u. trockenes, aber zu Gewitterstörungen geneigtes Wetter zu erwarten.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche betr.

In Bergahausen ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Herrbezirk ist die Gemeinde Bergahausen. Beobachtungsgebiet sind die Gemeinden Bilschbach und Söllingen.

Die Gefahrenzone umfaßt alle Gemeinden des 15 km-Umkreises.

Karlsruhe, 17. Juli 1926. (O. B. 152.)
Bad. Bezirksamt — Abt. II b.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche betr.

Die Maul- und Klauenseuche in Gröbigen ist erloschen. Die angeordneten Schutzmaßnahmen wurden aufgehoben.

Karlsruhe, 17. Juli 1926. (O. B. 153.)
Bad. Bezirksamt — Abt. II b.

Bürgerauschussversammlung.

Ich berufe hiermit die Mitglieder des Bürgerauschusses zu einer Versammlung auf

Dienstag, den 20. Juli 1926,
nachmittags 6 Uhr,

in den Rathsaussaal.

- Tagesordnung:
1. Wahl eines Nachfolgers für den zurückgetretenen Stadtrat Scherer — vorgeschlagen ist von der Zentrumspartei Professor Fürst.
 2. Wahl eines Mitglieds in den Stadtverordnetenvorstand (nach evtl. Wahl von Professor Fürst in den Stadtrat).
 3. Erstellung eines Feuerhauses und Erweiterung des Herrenstalles im Stadtteil Aue.
 4. Abhör und Verbeischeidung der städtischen Rechnungen für die Rechnungsjahre 1922 und 1923.
 5. Abschluß des Erbbaupachtvertrags mit der Gemeinnützigen Bau- und Siedelungsgenossenschaft für die Siedelung im Dornwäldle.
 6. Kanalisierung des Rutschgraben.
 7. Bauplanverkauf in der Scheffelstraße an Oberstenersekretär Wenz.
 8. Bauplanverkauf in der Wiesenstraße an Schlosser Wilhelm Bull.
 9. Geländeaufkauf für die Wingerberlegung.
 10. Unterbringung obdachloser Familien.
 11. Erstellung weiterer Neubauten an der Kelliseidstraße.
 12. Geländeaufkauf mit Landwirt August Born in Aue.
 13. Bekanntgabe des Beschlusses des gemischten beschließenden Ausschusses.

Durlach, den 12. Juli 1926.

Der Oberbürgermeister.

Von der Reise zurück
Dr. med. Christa Mühlenbeck

Deutscher Demokratischer Partei Durlach.

Um Montag, den 19. Juli d. J., abends 8 1/2 Uhr, findet im „Roten Löwen“, Spitalstraße

Mitglieder-Versammlung

statt, in welcher die Tagesordnung der nächsten Bürgerauschuss-Sitzung besprochen werden soll.

Diesem sind unsere werthen Mitglieder, insbesondere Bürgerauschussmitglieder höflich eingeladen.

Der Vorsitzende.

Die Sparkasse im Hause

hat jeder, der sich von der Städt. Sparkasse Durlach

eine Heimsparbüchse

geben läßt, wodurch Gelegenheit geboten ist, auch die kleinsten Beträge zu sparen. Die Heimsparbüchse wird zur Entleerung und Entsaftung der angesammelten Beträge am Schalter der Städt. Sparkasse vorgelegt. Kosten erwachsen durch die Benutzung der Heimsparbüchsen nicht. Anmeldungen werden am Sparkassenschalter entgegengenommen.

Viele „Wenig“ gibt ein Viel!

Spare! Und Du kommst zum Ziel.

Städt. Sparkasse Durlach.

Insertieren bringt Erfolg!

Kaufmännischer Verein S. Durlach.

Unsere Bibliothek ist wieder regelmäßig jeden Mittwoch von 6 1/2—7 Uhr abends geöffnet.

Der Vorstand.

Wollen Sie Film-Schauspieler(in) werden?

Prospekt gratis. Henning, D 66, München NW. 15.

Die Meistersänger

der Nachtigalledelkanarienzucht von Karl Reich in Bremen

ferner

Aus meiner Amerika-

fahrt mit dem Z. R. III gesprochen von Dr. Hugo Eckener September 1925, hören Sie auf elektrisch aufgenommenen Schallplatten im

Musikhaus Weid,

Durlach, Hauptstr. 51

Sprechapparate u. Schallplatten, Pianos.

Arbeiter kann Kost u. Wohnung erhalten.

Zu erfragen im Berl. Einbunntgläser

(Bef.) in Verich. Größen billig abzugeben Weingartenerstr. 13.

Bohungsstau.

Schöne 2-Zimmerwohnung in Wolfratsweiler gegen solche in Durlach oder Aue zu tauschen. Angebote unt. Nr. 307 an den Verlag.

Zwische eine schöne geräumige 2-Zimmerwohnung gegen eine schöne 3-Zimmerwohnung.

Angebote unt. Nr. 310 an den Verlag.

Schöner geräumiger Laden

in verkehrsreicher Lage mit Nebenraum zu vermieten. Offerten unt. Nr. 308 an den Verlag.

Zwei große schöne Zimmer

mit Hochgelegtheit in gutem Hause sofort zu vermieten. Offerten unt. Nr. 309 an den Verlag.

Trinkeier

ganz frisch und rein-schmedend

Kocheier 10 St. 85

„ 10 „ 95

garantiert f. jedes Stück

Otto Schenk.

Möbel

auf Teilzahlung.

Ein altrenommiert. Möbelfachgeschäft liefert: Schlafzimmer, Herrenzimmer, Speisezimmer, Küchen sowie Betten u. Polsterwaren u. Einzelmöbel in nur guter Qualität und äußerst billigen Preisen. Auswärtige Lieferung franco. Offert. unt. Nr. 273 an d. Berl.

Danksagung.

Vom Grabe unserer lieben Entschlafenen

Elsa Fritzsche

zurückgekehrt, sagen wir allen denen, welche sie während ihres Krankelagers mit ihrem Besuch erfrachten und sie zur letzten Ruhestätte begleiteten, unsern herzlichsten Dank. Besonderen Dank Herrn Stadtpfarrer Wolfhard für die trostreichen Worte der Firma Wolf & Sohn, sowie ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen für die Kranzniederlegung.

Durlach, den 19. Juli 1926.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Danksagung.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme an dem Hinscheiden unseres lieben guten Kindes

Trudchen

sprechen wir allen, die sie zur letzten Ruhe begleiteten, unseren herzlichsten Dank aus.

Durlach-Aue, den 19. Juli 1926.

Wilhelm Merx u. Frau.

Preßstroh

(Diesjährige Ernte) hat abzugeben

Gutsverwaltung Rittnerthof

Durlach — Telefon 84.